K-4-2480 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Antragsteller*in: GRÜNE Jugend Berlin
Beschlussdatum: 22.02.2021

Änderungsantrag zu K-4

Von Zeile 601 bis 607 einfügen:
wollen wir im Rahmen von Lernwerkstätten und Projekttagen praktische, berufliche Angebote an allen Schulen als Regelangebote etablieren. Ausbildungen sollen auch für Menschen mit Abitur attraktiver werden. Die Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir stärken. Sie bieten nicht nur den Übergang zur Berufsausbildung und leisten den schulischen Teil der dualen Ausbildung, sondern bieten auch die Chance, Schulabschlüsse nachzuholen und sind in der Integration von geflüchteten und zugewanderten Schüler*innen äußerst erfolgreich. Lehrkräfte sollen ausgebildet werden um in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren den Unterricht in verschiedenen Sprachen anzubieten. Wir fordern ein Angebot für Auszubildende bei Bedarf während ihrer Arbeitszeit Sprachunterricht zu nehmen. Dadurch werden ihre Anschlussoptionen, wie beispielsweise Fachabitur oder Übernahmen vielfältiger. Der Zugang zu wissenschaftlicher Hochschulbildung steht sowohl Menschen mit einer allgemeinen Schulbildung als auch jenen mit einer Berufsausbildung offen.Können Betriebe einen angemessenen Ausbildungsrahmen nicht finanzieren soll ihnen angeboten werden sich an Verbundausbildungen zu beteiligen. Verbundausbikdungszentren müssen neu aufgebaut werden.Für jede Ausbildung soll ein Ausbildungslehrplan vorliegen, der die von dualen Ausbildungsbetrieben praktischen Inhalte genau definiert. Dieser Lehrplan legt Themen und Übungen, samt der Übungszeit fest. Pro Quartal wird dann anhand der Berichtshefte geprüft, ob dem Lehrplan genüge getan wurde. Über Vertrauenslehrer*innen kann in diesem Zuge gegebenenfalls auch festgestellt werden, ob Auszubildende von den Betrieben gedrängt werden bestimmte Formulierungen zu verwenden, die den Arbeitsalltag verschönert darstellen. Wir wollen sicherstellen, dass dem Lehrauftrag überall nachgegangen wird und niemand einfach nur als kostengünstige Arbeitskraft ausgenutzt wird. Möchte ein Ausbildungsbetrieb vom Lehrplan abweichen, so muss er dafür einen Antrag mit einem Ersatzkonzept stellen. Überbetriebliche Weiterbildungen wollen wir wieder auf das frühere Zeitpensum anheben. Duale Ausbildungsbetriebe werden verpflichtet ihre Azubis nach Abschluss mindestens ein Jahr Übernahme anzubieten. Die Vertragskonditionen sollen sich dabei an den durchschnittlichen Tarifbedingungen der Branche orientieren. Wir möchten uns außerdem für eine Angleichtung der Bezahlung im Osten und Westen, also eine bundesweit gleiche Bezahlung in gleichem Ausbildungsberuf einsetzen.Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ohne Anschlussperspektive ein, das in den Oberstufenzentren angeboten wird. Auch wer eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde. Und vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht eigenständig erschlossen haben.